



## FreiBrief aus Berlin 4/2014

Im April 2014  
[www.thorsten-frei.de](http://www.thorsten-frei.de)

**Liebe Bürgerinnen und Bürger,**

in den vergangenen Sitzungswochen hat der Deutsche Bundestag den unter Führung von Angela Merkel und Wolfgang Schäuble vorgelegten Bundeshaushaltsplan 2014 beraten. Die Zahlen sind höchsterfreulich: Trotz einer Nettokreditaufnahme von knapp sechs Mrd. Euro legt die unionsgeführte Bundesregierung gemessen am Bruttoinlandsprodukt seit mehr als 50 Jahren wieder einen ausgeglichenen Haushalt vor. Das ist ein starkes Signal für Europa und für nachfolgende Generationen und zeigt, dass die CDU Wort hält und sich mit aller Kraft gegen neue Schulden stellt.

Im Wahlkreis laufen die Vorbereitungen für den Europa- und Kommunalwahlkampf bereits auf Hochtouren. Bei zahlreichen Veranstaltungen vor Ort konnte ich erfahren, dass viele tolle Persönlichkeiten zu den Kommunalwahlen Ende Mai antreten werden. Darüber hinaus nimmt auch der Europawahlkampf Fahrt auf. Die CDU setzt sich dafür ein, den erfolgreichen Weg in der Europapolitik fortzusetzen.

*Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein paar erholsame und frohe Osterfeiertage.*

Herzlichst



---

### **Inhalte dieser Ausgabe:**

- Bericht aus der Bundespolitik
- Thorsten Frei nimmt zahlreiche Termine im Wahlkreis wahr
- Forderungen der SPD, die kalte Progression abzuschaffen, sind scheinheilig
- Wir lassen Pflegebedürftige und ihre Angehörigen nicht im Stich
- Besuch der IHK-Spitze in Berlin
- Erneute Standortfragen schaden dem Reformerfolg, den betroffenen Soldaten und den Kommunen
- NATO-Osterweiterung ist falsches Signal für den Weg aus der Krise
- Firmenbesuch bei Continental Automotive GmbH in Villingen-Schwenningen
- Landes-CDU beschließt Kommunalwahlprogramm mit breiter Mehrheit

## **Bericht aus der Bundespolitik**

### Innen – und Außenpolitik dominieren meine Arbeit im Bundestag gleichermaßen

Im vergangenen Monat wurde mein Alltag maßgeblich durch meine Arbeit im Deutschen Bundestag bestimmt. In den vier Sitzungswochen vor Ostern wurden einige wichtige Weichenstellungen von politischer Seite für unser Land vorgenommen. Zwei davon erachte ich als ganz zentral.

### Wir halten Wort - Erster ausgeglichener Haushalt seit fast 50 Jahren

Zum einen hat die Bundesregierung unter Federführung unseres Finanzministers Wolfgang Schäuble den Bundeshaushalt für das Jahr 2014 in den Deutschen Bundestag eingebracht und diskutiert. Hervorzuheben ist, dass es der erste Bundeshaushalt seit einem knappen halben Jahrhundert ist, der ohne neue Schulden auskommt. Das ist ein ganz starkes Signal und zeigt, dass wir zu unseren Versprechen im Koalitionsvertrag stehen und uns unserer Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen stellen. Wir sorgen mit unseren heutigen Sparanstrengungen dafür, dass auch unsere Kinder und Enkel selbst entscheiden können, wie Sie ihr Land und ihr Leben selbst organisieren wollen. Wir schränken die Handlungsspielräume in der Zukunft nicht weiter mit neuen Schulden ein, wie es bspw. die grün-rote Landesregierung in Kauf nimmt.

### Wirtschaft kurzfristig gestärkt – Grüne gefährden langfristige Perspektive

Zum anderen möchte ich kurz auf den Entwurf der EEG-Novelle eingehen. Sicherlich werden viele Unternehmen kurz- und mittelfristig vom Entgegenkommen des Wirtschaftsministers und der Ministerpräsidenten bei der Förderung des Zubaus im Bereich der erneuerbaren Energien und der Eigenstromproduktion profitieren. Allerdings erachte ich die Beibehaltung der Subventionen langfristig als den falschen Weg. Schließlich hemmen falsche Anreize die Innovationsleistung. Besonders enttäuscht bin ich, dass aufgrund des Drucks der Grünen aus den Ländern zwar weiterhin voll auf Windkraft gesetzt wird, ohne dass aber auch klare und tragfähige Antworten auf die fehlende Grundlastfähigkeit von Windenergie erarbeitet wurden. Das kaum bzw. keine Aussagen zu den notwendigen neuen Leitungswegen und effektiven Zwischenspeichern getroffen werden, ist sehr ernüchternd. So müssen wir für die Sicherstellung der Grundlasten weiterhin stark auf konventionelle Verstromung setzen. Damit konterkarieren wir unsere Klimaziele. An dieser Stelle hätte ich durchaus deutlichere Signale von den Grünen aus den Ländern erwartet. Außerdem wird mit dem Entwurf ein zentrales Ziel der EEG-Novelle verfehlt, nämlich die finanzielle Entlastung der Verbraucher. Während die Industrie weitestgehend verschont bleibt, dürfen die Bürger lediglich eine Dämpfung des Kostenanstiegs erwarten.

### Signale des Fortschritts in Afghanistan nicht von der Hand zu weisen

Darüber hinaus haben in den letzten Wochen insbesondere auch außenpolitische Themen für große Schlagzeilen in den Tageszeitungen und für reichlich Diskussionsstoff im Plenum des Deutschen Bundestages gesorgt. Neben den alles überschattenden Ereignissen in der Ukraine und dem scharf zu verurteilenden Verhalten Russlands sind unter anderem die Wahlen in Afghanistan am 5. Mai 2014 hervorzuheben. Dieses Thema haben wir auch im Auswärtigen Ausschuss im Rahmen einer öffentlichen Anhörung ausgiebig diskutiert. Obwohl die Taliban wie auch 2009 und 2004 mit Anschlägen versucht haben, die Menschen einzuschüchtern und von der

Wahl abzuhalten, ließ sich die Bevölkerung nicht davon abbringen, ihr Wahlrecht in Anspruch zu nehmen und für den Fortschritt im Land einzutreten. Auch wenn alles auf eine Stichwahl hinaus zu laufen scheint, so sind die hohe Wahlbeteiligung, die geringe Opferzahl am Wahltag und auch die durchgeführten Wahlkämpfe der Kandidatenteams ein Indikator für die Fortschritte im Land. Allerdings zeigt auch die Sicherheitslage am Hindukusch, dass die vielen positiven Entwicklungen ohne weitere Hilfen der internationalen Staatengemeinschaft auf Dauer gefährdet sind. Deshalb werden wir unser ziviles Entwicklungsengagement in Zukunft fortführen, um auch langfristig für stabile Verhältnisse zu sorgen.

### Linke Politikunfähigkeit

Des Weiteren habe ich am letzten Mittwoch meine mittlerweile dritte Rede im Deutschen Bundestag halten dürfen. Dabei habe ich für eine breite Zustimmung zu der mit der Vernichtung der syrischen Giftgasbestände verbundenen internationalen Abrüstungsinitiative geworben. Ich habe in diesem Zusammenhang kein Verständnis dafür, dass Teile der Fraktion Die LINKE mit zum Teil fadenscheinigen Argumenten gegen eine Beteiligung der Bundeswehr gestimmt oder sich zumindest enthalten haben. Verantwortung zu übernehmen, sieht anders aus. Abrüstung zu predigen und sich dann bei konkreten Projekten in die Büsche zu schlagen unterstreicht einmal mehr die Regierungs- und Politikunfähigkeit der Linken. Das sollte auch für andere eine Mahnung gewesen sein.



### **Thorsten Frei nimmt zahlreiche Termine im Wahlkreis wahr**

#### Unterrichtsbesuch an der Realschule Blumberg

Jüngst besuchte ich im Rahmen eines Schülergesprächs die drei 9. Klassen der Blumberger Realschule. Der Anfrage der Schulleitung bin ich besonders gerne nachgekommen, da ich so die Möglichkeit habe, mich auch mit jungen Menschen auszutauschen und ihre Meinung aus erster Hand zu erfahren. Nach einer kurzen Vorstellung habe ich



ausführlich den typischen Ablauf einer sogenannten Sitzungswoche im Deutschen Bundestag skizziert. Anschließend folgte unmittelbar eine offene Fragerunde, in der die Schüler alles fragen durften, was sie interessiert. Egal zu welchem Thema! Davon machten die Klassen regen Gebrauch. Organisatorische Fragen zur Tätigkeit in Berlin, meiner Haltung zu aktuellen Themen der Bundes- und Landespolitik, aber auch die kommunale Ebene in und um Blumberg beschäftigte die Schüler. Alle diese Fragen versuchte ich mit einer Vielzahl von anschaulichen Beispielen zu beantworten. Alles in allem ein abwechslungsreicher, interessanter und sehr informativer Vormittag, mit toller Mitarbeit seitens der Schüler. Ich freue mich bereits auf das kommende Jahr.



## Antrittsbesuche in den Rathäusern Oberwolfach und Furtwangen

Selbstverständlich war ich auch wieder bei meinen ehemaligen Bürgermeisterkollegen im Wahlkreis unterwegs. Ende März war ich bei frühlingshaftem Wetter im nordwestlichen Teil des Wahlkreises in Begleitung meiner Kollegin Kordula Kovac unterwegs. Zusammen mit Oberwolfachs Bürgermeister Jürgen Nowak und einer große Zahl an Gemeinderäten und interessierten Funktionsträgern besuchten wir die örtliche Werkreal- und Grundschule Wolfstal, das Museum für Mathematik und Mineralien, der Leader-geförderte Themenpark „historischer Bergbau, Mineralien und Mathematik, die kurz vor der Vollendung stehenden landkreisübergreifenden Radwege, das aktuell größte Projekt in der Oberwolfacher Ortsmitte mit der Sanierung und dem damit einhergehenden Umbau der Festhalle zu einem multifunktionalen „Bürgergemeinschaftshaus“ und den Kindergarten St. Josef. Beim Abschluss im Bürgersaal des Oberwolfacher Rathauses thematisierten wir abschließend wichtige Herausforderungen, die mit der Energiewende, der Stadtbauförderung, der Versorgung des ländlichen Raumes mit Ärzten und medizinischem Fachpersonal und dem Demografischen Wandel einhergehen. Besonders wurden die Vorzüge des „kommunalfreundlichsten Koalitionsvertrages aller Zeiten“ deutlich.

Auch im Gespräch mit Furtwangers Bürgermeister Josef Herdner, Fraktionsvorsitzenden, Amtsleitern der Verwaltung und interessierten Unternehmern der einheimischen Industrie am selben Tag im Museumsgasthaus Arche in Furtwangen diskutierten wir einen dicht gedrängten Fragenkatalog zu bundes- und landespolitischen Themen. Von besonderem Interesse bei Kaffee und Kuchen, war die Energiewende. Hier waren mir besonders die Punkte Klimaneutralität, Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit des produzierten Stroms wichtig. Inhalte wie Einspeisevergütungen, Leitungstrassen vom Norden in den Süden, Subventionen in der Photovoltaikproduktion, der Neubau von Atomkraftwerken im europäischen Ausland oder auch mögliche Probleme der Wasserkraftnutzung und weiteren Kohleverstromung wurden ebenfalls thematisiert. Die Umrüstung der Straßen- und Innenraumbeleuchtung und eine Verdopplung der Altbausanierung von aktuell 1% waren konkrete Punkte wie Kommunen in Eigenregie Energieeinsparungen angehen und umsetzen könnten.

## Wahlkampf vor Ort in Bad Dürkheim



Auf Einladung der CDU Bad Dürkheim referierte ich abends im Haus des Gastes zum Thema „Starke Kommunen in einem starken Land.“ Vor der großen Zahl an Gemeinderats- und Kreistagskandidaten der CDU sowie Gästen aus dem ganzen

Kreisgebiet, machte ich rund acht Wochen vor den Kommunalwahlen deutlich, worauf es für die CDU ankommt. Das Bundesteilhabegesetz, die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Infrastrukturmaßnahmen sowie die Unterstützung für Erziehung, Bildung und Betreuung sind für mich eindeutige Zeichen, warum die CDU die kommunalfreundlichste Partei ist. Für den ländlichen Raum ist es neben vielen anderen Dingen entscheidend, den Breitbandausbau voranzutreiben. In diesem Zusammenhang mutet es geradezu lächerlich an, dass die grün-rote Landesregierung gerade einmal 20 Mio. EUR zur finanziellen Unterstützung der Kommunen vorsieht, während Bayern eine Milliarde EUR zur Verfügung stellt.

### Bürgerstammtisch in Hausach

Zum Bürgerstammtisch im Rahmen eines Frühschoppens hatte mich die CDU Hausach eingeladen, um mit mir an einem Samstagvormittag zwei Stunden lang zu diskutieren. Zu Beginn thematisierte ich die Kommunalpolitik. Anstatt Parteiideologie muss auf kommunaler Ebene die Sachpolitik im Vordergrund stehen. Trotz alledem formuliert die CDU ihre Politik auf klarem Wertefundament. Es ist wichtig, die kommunale Selbstverwaltung mit einer angemessenen Finanzausstattung seitens des Landes und des Bundes zu unterstützen. Die kommunale Selbstverwaltung muss mit guten Rahmenbedingungen zukunftsfest gemacht werden. Daran möchte ich auch auf Bundesebene mithelfen. Anschließend skizzierte ich kurz die europäische Geschichte der letzten einhundert Jahre und verdeutlichte, dass es am 25. Mai 2014 darum geht, den eingeschlagenen Weg in Europa als Friedens- und Wertegemeinschaft weiterzugehen. Bei der abschließenden Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern von Hausach über das Wahlrecht zum Europaparlament, die Bildungspolitik im Land, die Krim-Krise sowie die soziale Frage zeigte sich im Besonderen, dass die derzeitige Bildungspolitik der grün-roten Landesregierung von den Bürgerinnen und Bürgern kritisch hinterfragt wird.

### **Forderungen der SPD, die kalte Progression abzuschaffen, sind scheinheilig**

Das Ansinnen der SPD und auch des DGB, mit dem Abbau der kalten Progression die Menschen in unserem Land zu entlasten, begrüße ich ausdrücklich. Allerdings warne ich entschieden davor, damit einhergehend den Spitzensteuersatz anzuheben. Ein solcher Schritt wäre ein fatales Signal für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland im globalen Wettstreit um die klügsten Köpfe. Deshalb wird es mit uns, wie im Koalitionsvertrag verabredet, keine faktischen Steuererhöhungen geben. Ohnehin ist die Behauptung der Sozialdemokraten, es müsse für mehr Verteilungsgerechtigkeit gesorgt werden, ein ideologischer Irrglaube. Wenn man bedenkt, dass heute knapp fünf Prozent der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen für mehr als 50 % des Steueraufkommens sorgen und damit für die Funktionsfähigkeit auch unserer Sozialsysteme einstehen, sollte man durchaus zu dem Schluss kommen können, dass unsere Gesellschaft alles andere als unsolidarisch ist. Die SPD sollte den Leistungsgedanken nicht aus den Augen verlieren.

## Wir lassen Pflegebedürftige und ihre Angehörigen nicht im Stich

Ausdrücklich begrüße ich den von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe initiierten Startschuss zweier Projekte für die Evaluierung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Die Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffs ist wegen des demografischen Wandels und aus Gründen der Gerechtigkeit dringend geboten. Darin sind sich zum Glück auch alle Beteiligten in Politik und Gesellschaft seit Jahren einig. Deshalb ist es richtig, dass die Ergebnisse der Pflegekommission möglichst schnell umgesetzt werden, damit die wichtigste Reform seit Einführung der Pflegeversicherung im Jahre 1995 endlich vorankommt. [Meine Pressemitteilung zu diesem Thema können Sie unter diesem Link nachlesen.](#)

## Besuch der IHK-Spitze in Berlin

Bei einem Besuch von IHK-Präsident Dieter Teufel und Hauptgeschäftsführer Thomas Albiez in meinem Berliner Büro mahnte die IHK-Spitze unter anderem an, dass "Land, Bund und EU gefordert sind, damit die von Industrie und hochinnovativen Unternehmen geprägte ländliche Region Schwarzwald-Baar-Heuberg nicht von den Metropolen abgehängt wird".

[Hier können Sie mit einem Klick den gesamten Bericht über das Gespräch nachlesen.](#)



## Erneute Standortfragen schaden dem Reformersfolg, den betroffenen Soldaten und den Kommunen

Den Medien war zu entnehmen, dass die Arbeitsgruppe Sicherheits- und Verteidigungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion die Standortentscheidungen der Bundeswehrreformüberdenken und verändern möchte. Als einer von mehreren Standorten sei in diesem Papier auch Donaueschingen genannt. Die SPD sendet mit ihrem Vorstoß mal wieder die falschen Signale zur falschen Zeit. Ein Eingriff mitten im Transformationsprozess zeugt aus meiner Sicht von wenig Fingerspitzengefühl und großer Verantwortungslosigkeit. Das sorgt bei allen Beteiligten für Verunsicherung und schürt unnötige Ängste. Dabei sollten gerade von politischer Seite in der schwierigen Phase der Neuorganisation der Bundeswehr Berechenbarkeit und Orientierung das Gebot der Stunde sein. Das sind wir in allererster Linie den Soldatinnen und Soldaten sowie ihren Angehörigen schuldig. Wir dürfen nicht wieder die Angst vor neuen Standortveränderungen schüren. Wir haben von vielen von ihnen schon genug an Flexibilität eingefordert. Viele Angehörige sind schon umgezogen, bereiten sich darauf vor oder haben sich innerhalb der Streitkräfte umorientiert. Es wäre ein großer Fehler, die Grundlage für die vielen Einzelschicksale erneut einseitig abzuändern. Das passt auch nicht zu dem breiten Konsens, dass gerade auch in den Streitkräften deutlich mehr für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf getan werden muss. Die gerade aufkeimende Debatte wird damit leider konterkariert.

Aber auch gegenüber den betroffenen Städten und Gemeinden und den lokalen Unternehmen sind die Überlegungen der SPD inakzeptabel. Alle Konversionsbemühungen und Investitionsentscheidungen würden über den Haufen geworfen, während wieder andere Standorte von neuerlichen Änderungen überrumpelt würden. Mit Blick auf Donaueschingen darf auch nicht vergessen werden, dass die Stadt mit dem Abzug von etwa 1000 französischen Soldaten und ihren Angehörigen auch außerhalb der eigentlichen Bundeswehrreform bereits heute weit

überproportional betroffen ist. Darüber hinaus war und ist Donaueschingen seit jeher ein zentraler Eckpfeiler im Konzept der Deutsch-Französischen Brigade. Da dies auch räumliche Nähe voraussetzt, ist Donaueschingen auch unter militärstrategischen Gesichtspunkten der ideale Standort. Eine rein militärökonomische Betrachtung wäre dennoch fehl am Platze. Auch die Entwicklung und die Auswirkungen in der Region sind zwingend zu beachten. Meines Erachtens wurde das bisher auch immer wohl austariert genau so gehandhabt. Deshalb sollte die SPD ihre internen politischen Debatten nun einstellen. Für den Erfolg der Reform sind Kontinuität und Verlässlichkeit gefragt. Ich fordere die SPD dazu auf, sich auf die Koalitionsvereinbarungen zu besinnen, und werde mich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die getroffenen Entscheidungen Bestand haben.

## **NATO-Osterweiterung ist falsches Signal für den Weg aus der Krise**

Die derzeitigen Äußerungen des scheidenden NATO-Generalsekretärs Rasmussen über die Fortsetzung eines Erweiterungsprozesses der NATO halte ich für falsch. Sicherlich sind die in den Jahren 1999, 2004 und 2009 vollzogenen Osterweiterungen der NATO aus Sicht unseres Bündnisses eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Allerdings zeugt es nicht unbedingt von politischem Fingerspitzengefühl, wenn bei den ersten Anzeichen einer diplomatischen Annäherung in der aktuellen, den Frieden in Europa bedrohenden Krise auf der Krim erneut Öl ins Feuer gegossen wird. Als nichts anderes können derartige Äußerungen aus russischer Sicht derzeit wahrgenommen werden. Für eine friedliche Lösung sind diese alles andere als dienlich. Natürlich lassen wir uns nicht von Herrn Putin diktieren, ob, wann und wie die NATO neue Mitglieder aufnimmt. Genauso wenig werden wir es jedoch akzeptieren, wenn Russland interessierte potenzielle Mitgliedsstaaten in deren staatlichen Souveränität einzuschränken versucht.

## **Firmenbesuch bei Continental Automotive GmbH in Villingen-Schwenningen**

Ende März stattete ich dem größten industriellen Arbeitgeber der Region, der Continental Automotive GmbH in Villingen-Schwenningen, einen Besuch ab und informierte mich bei einem Betriebsrundgang über die Produkte und Innovationen des weltweit agierenden Nutzfahrzeug-Zulieferers. Dabei konnte ich nicht nur mit der Geschäftsführung austauschen, sondern führte auch mit den Auszubildenden des Unternehmens politische Gespräche. [Den gesamten Bericht über den Firmenbesuch finden Sie hier.](#)

## **Landes-CDU beschließt Kommunalwahlprogramm mit breiter Mehrheit**

Beim mitgliederoffenen 65. ordentlichen Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg versammelten sich in den Donaueschinger Donauhallen alle Entscheidungsträger der CDU Baden-Württemberg, um gemeinsam die Marschroute für die im Mai stattfindenden Europa- und Kommunalwahlen festzulegen. Als stellvertretender CDU-Landesvorsitzender durfte ich den Gästen und Delegierten das Kommunalwahlprogramm vorstellen. Der Leitantrag unter dem Titel "Starke Kommunen für eine starke Zukunft" wurde nach einer konstruktiven Aussprache durch die 375 Stimmberechtigten mit überwältigender Mehrheit angenommen. Insbesondere die Kommunalwahlen sind für die CDU ein wichtiger Trittstein auf dem Weg zum angepeilten Regierungswechsel im Jahr 2016.

Unter diesem [Link](#) erhalten Sie einen Überblick über weitere Berichte und Pressemitteilungen von meiner politischen Arbeit.

Sie sind des Weiteren interessiert, wie ich mich in den Plenardebatten im Bundestag geschlagen habe? Klicken Sie [hier](#) und Sie können die Reden im Video ansehen.



---

**THORSTEN FREI** • Mitglied des Deutschen Bundestages • Oberbürgermeister a.D.

*Bundestagsbüro*

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: (030) 227 73 972

Fax: (030) 227 76 972

*Wahlkreisbüro*

Justinus-Kerner-Str. 5

78048 Villingen-Schwenningen

Tel.: (07721) 99 535 44

Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: [thorsten.frei@bundestag.de](mailto:thorsten.frei@bundestag.de)

Internet: [www.thorsten-frei.de](http://www.thorsten-frei.de)

facebook: [www.facebook.de/ThorstenFreiCDU](https://www.facebook.de/ThorstenFreiCDU)

